

André Stephan,
2. Januar 2007

DIE HERAUSFORDERUNG: OPPOSITION VON UNTEN

EIN CHANCENAUFRISS FÜR BÜNDNISGRÜNES PARTEIMANAGEMENT 2007 IN BERLIN

VORAB

Aus dem Jahr 2006 sind Bündnis 90/Die Grünen Berlin landespolitisch gestärkt hervorgegangen. Wir haben 4 Prozent im Vergleich zu 2001 hinzugewonnen, dadurch 10 Sitze im Abgeordnetenhaus mehr und unsere Stellung auf Bezirksebene verbessert. Nicht zuletzt im Ostteil der Stadt sind diese Erfolge sichtbar: In allen Bezirksverordnetenversammlungen verfügen wir über Sitz und Stimme in Fraktionsstärke. In Pankow haben wir zwei Wahlkreise direkt gewonnen und über die Landesliste sind ebenfalls Kandidierende mit Ost-Biografie ins Parlament eingezogen. Im Ost-West-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sind mit einem beispiellosen Durchmarsch Rathaus und drei der fünf Direktmandate „erobert“ worden. Dass wir trotz des Bedeutungszuwachses nicht an der Bildung der Regierung beteiligt wurden, ist ein Umstand, der jedenfalls einen Schluss zulässt:

Wir haben künftig die Aufgabe, uns so aufzustellen, dass in dieser Stadt an Bündnis 90/Die Grünen als politischer Kraft in der Landespolitik niemand vorbeikommt.

Unser Ideenvorrat ist der zukunftsträchtigste für die Entwicklung einer europäischen Metropole mit vielen Kiezgesichtern, wenn wir dafür arbeiten, dass er auch neuen Bedingungen standhält. Wir sollten daher bereit sein, ihn im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern immer wieder zu aktualisieren sowie ihn ständig demokratisch neu zu legitimieren.

Wir haben ob des bescheidenen Auftaktes von Rot-Rot II und der (zur Zeit noch) schlechten Verfassung der anderen Oppositionsparteien die Chance, unser frisch bei Medien und in überwältigenden Teilen der Bevölkerung erworbenes Image als „Regierungspartei der Herzen“ zu erhalten, wenn wir uns nicht selbstgefällig darauf zurückziehen, sondern unsere Hausaufgaben ernst nehmen. Damit haben wir es in der Hand, den Grundstein für neue fruchtbare Parteiarbeit und Erfolg bei den kommenden Wahlen selbst zu legen.

PROJEKTORIENTIERT, DISKUSSIONSFREUDIG, KAMPAGNENFÄHIG
Zeit durchzuatmen - aber kein Grund, in Lethargie zu verfallen. 2007 ist voraussichtlich kein Wahljahr für uns Berlinerinnen und Berliner. Damit ist die Chance eröffnet, dass unser Landesverband die eigene organisatorische Aufstellung überprüft und inhaltlich nachtankt. Auseinandersetzungen jetzt zu scheuen, hieße etwa, die dringende Debatte über Ob und Wie der finanziellen Konsolidierung der Hauptstadtfinanzen (Steuern, Gebühren, öffentliche Leistungen), die Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung (Maut, BürgerInnenticket), den Umgang mit öffentlichen Betrieben oder Ziele der Verwaltungsreform auf die Unzeit zu vertagen. Keine Geschlossenheitserwägung kann wettmachen, was wir bei unterlassener inhaltlicher Verständigung an späterer programmatischer Konsistenz verloren geben.

Es ist die Form, in der wir über all diese Fragen streiten, die unser Bild in der Öffentlichkeit bestimmt: ob wir destruktive n oder produktiven Esprit entfalten. Die Diskussion auf eine breite Basis zu stellen heißt dabei vor allem, als Großstadtpartei

die Formen der neuen Citoyennes und Citoyens aufzunehmen, mit der diese den Diskurs zu führen bereit sind. Zu denken ist dabei vor allem an thematische Projekte, die über **Ideenwerkstätten, Diskussionen, Salons, Foren und Wikis** vorangetrieben werden. Sie müssen offen zur Mitarbeit für jede und jeden sein, auch wenn sie oder ihn sonst nicht weiter an aktiver parteipolitischer Einflussnahme gelegen ist. Die Partei mit ihren Bezirksgruppen, Vorständen, Fraktionen und LAGen sowie nicht zuletzt der Grünen Jugend ist in der Verantwortung, die zu Projekten erhobenen Einzelfragen offen und lernbereit zu diskutieren, den Diskussionsprozess mitzusteuern und das Erarbeitete in die Gesamtprogrammatik einzubetten.

Aufgabe gewählter Landesvorstände ist es selbstredend, kontinuierlich mit eigenen Beiträgen Steine des Anstoßes zu legen, das originär Bündnisgrüne zu verteidigen und die Diskussionsprozesse zu moderieren. Sie brauchen diese Rolle auch für den beständigen **Austausch der Partei mit gesellschaftlichen Akteuren**, den wir, aus den verschiedensten Bewegungen kommend, niemals aufgeben dürfen. Wir brauchen den Kontakt zu den Gruppen, Vereinen, Verbänden, Initiativen und vermehrt auch zu Unternehmen als Ideen Gebende, als kritische Begleitung, als Bedarfs- und Bedürfnisseismografen, ohne sie zu vereinnahmen oder uns selbst von ihnen vereinnahmen zu lassen. Um diesen Kontakt müssen wir uns aktiv bemühen, er kommt nicht von allein. Wir sind zudem nicht die einzigen, die diejenigen umwerben, die in dieser Stadt öffentliches Leben organisieren und gestalten. Schon deshalb ist es nötig, beständig die Initiative zu ergreifen und zum Dialog einzuladen.

Die Rolle unserer eigenen Parteinfrastruktur, besonders der **Landesgeschäftsstelle**, ist dabei so zu definieren, dass weder überzogene Erwartungen gehegt noch zur Verfügung stehende Ressourcen verschwendet werden. Im Dialog mit Beschäftigten der Landespartei und Gremien muss im kommenden Jahr ein Leitbild entstehen, in dem das Anforderungsprofil im Spannungsfeld zwischen bloßer Serviceeinheit, Eventagentur und politischem Führungsstab beschrieben wird, das wir an das organisatorische Rückgrat unseres Landesverbandes zu stellen bereit sind.

Eine klare Linie brauchen wir hier um so stärker, als dass Inhalte nicht nur erarbeitet, sondern gezielt über Kampagnen nach außen getragen und popularisiert werden wollen. Die Schlagkraft dieser Maßnahmen hängt wesentlich davon ab, dass wir uns auf eine Parteinfrastruktur verlassen können, die die organisatorische Steuerung ohne Missverständnisse leistet.

Insgesamt muss unsere partizipative Parteikultur ein Gegenmodell sein sowohl zum unambitionierten rot-roten „Basta“, das jeden Anspruch, zu vermitteln, zu erklären oder Kritik aufzunehmen vermissen lässt, als auch zur großkoalitionären Ziellosigkeit, die einzig den Machterhalt über die Wahrung des politischen Status quo kennt.

INTERNET ALS DEBATTENPLATTFORM NUTZEN

Das Gegenbild zur Erstarrung der aktuellen Regierungspolitik sind die munter-quiriligen Diskussionen im Internet. Nichts wäre mehr ein Ausweis praktizierter Modernität unseres Verbandes als die konsequente Nutzung dieses Mediums. Das bestehende Internetangebot unseres Landesverbandes bleibt hinter den Möglichkeiten des Mediums bisher weit zurück, ist allenfalls ein blasses Abziehbild von Bündnis 90/Die Grünen Berlin. Fast alle unserer Anhängerinnen und Anhänger aber nutzen das Internet. Viele davon informieren sich umfassend, beteiligen sich an Diskussionen und sind kreativ. Dies aufzugreifen, wäre eine erhebliche Erweiterung unseres Aktionsradius. Wir haben es bereits geschafft, durch unseren Webauftritt unkompliziert Zugang zu Parteigliederungen und ihren AkteurInnen zu bieten.

Wir stehen noch davor, über die Aktivitäten des Parteilebens Aufschluss zu geben und daran teilhaben zu lassen. Wir sind vielfältig, bunt und lebendig wie die Stadt. - Das muss man auch im Internet wahrnehmen können.

Ein weiteres Ziel besteht darin, das Internetangebot als **Debattenplattform** zu etablieren. Wir wollen Anreize setzen, regelmäßig die Internetseite von Bündnis 90/Die Grünen Berlin zu besuchen. Dafür muss sie mit Leben erfüllt werden und daher dürfen künftig nicht nur Verlautbarungen unserer Parteigliederungen präsent sein. Redaktionelle Debattenbeiträge zu aktuellen - auch tagesaktuellen Fragen, Pro- und Contra-Diskussionen, Kommentierungsmöglichkeiten und Wikiprozesse wären zeitgemäße Facetten unserer Parteikultur. Nötig ist neben dem vorhandenen technischen Know-how zweifellos mehr Koordinationsaufwand, die Zusammenarbeit mit den etablierten Parteimedien (Stachlige Argumente), Bereitschaft zur Initiative und Betreuung - wozu ein Parteimanagement allerdings imstande sein sollte.

Wen das Internetangebot einer Partei nicht nur optisch und inhaltlich anspricht, sondern auch zum Mitmachen bewegt, der wird sich sie vielleicht auch wählen - möglicherweise sogar anschließen. Den Auftritt in der jetzigen Form zu belassen, hieße, diese Chance ungenutzt zu lassen. Wenn wir den anstehenden Diskussionen die notwendige Breite zu geben wollen, müssen wir alle Wege öffnen.

KAMPAGNENFÄHIGKEIT UND UNABHÄNGIGKEIT DURCH FUNDRAISING STÄRKEN

Neben den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, deren Volumen sich durch Mitgliedergewinnung und Verbesserung der Beitragsdisziplin weiter vergrößern soll, und den Zuflüssen aus der staatlichen Parteienfinanzierung, muss als dritte Säule eine kontinuierliche und stabile **Spendenakquise** treten. Dabei kann es nicht darum gehen, uns wie die großen Volksparteien und die FDP an den Tropf großer Unternehmen zu hängen oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unserer Partei finanziell weiter zu belasten.

Die Möglichkeit der Spenden an politische Parteien ist vielmehr auch dafür geschaffen worden, dass sich deren Verankerung in der Bevölkerung finanziell widerspiegeln kann.

Natürlich werden wir auch in Zukunft das Betreiben politischer Inhalte nicht an finanzielle Zuwendung knüpfen. Doch haben wir unser Potential der Finanzierung durch Spenden bisher noch nicht ausgeschöpft - auch bei den Wahlkampfspenden, obwohl hier Spende und bezweckter Erfolg dicht beieinander liegen.

Dass eine Spende an sich nichts Anrühiges ist, für diese Information können und sollten wir selbst sorgen. Die Bereitschaft würde außerdem steigen, wenn an vielen Stellen - Briefköpfen, Flugblättern, im Internet - der Hinweis, dass unsere Partei auch ohne eine zuweilen zeitaufwändige Mitgliedschaft, ohne persönliche Präsenz und durch Spendensubventionierung per Steuergutschrift des Staates sogar ohne den vollen Betrag selbst leisten zu müssen, unterstützt werden kann. Den Spendenweg sollten wir anschließend so einfach wie möglich gestalten. Lediglich anonyme Spenden - auch wenn es sich um Kleinstbeträge handelt, sollten wir aus Gründen der Transparenz nicht annehmen.

Aktionen mit „Spenden per SMS“, Webformularen, vorbereiteten Überweisungsträger zu verschiedenen Anlässen sind dennoch möglich und versprechen Erfolg. Weiterhin sollten wir Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern im bündnisgrünen Milieu direkt ansprechen und um finanzielle Unterstützung bitten. Es ist gerade bei Menschen, die

auf Selbstbestimmtheit Wert legen, schließlich nicht verwunderlich, wenn diese nicht unpersönlich über ein Flugblatt um eine Spende gebeten werden wollen.

Spendenkampagnen sind auch geeignete Formen der Projektfinanzierung. Denn auch wenn eine Zweckbindung von Spendenmitteln aus gutem Grunde nicht zulässig ist: Niemand kann uns die Definition von Spendenzielen untersagen. Es gibt gute Gründe, Anreize zu setzen, und sie versprechen Erfolg, wenn wir etwa die Kampagne der Grünen Jugend für die Finanzierung von Einrichtungsgegenständen der Geschäftsstelle oder die Stromwechsellampenkampagne betrachten.

Wer sich an den eingangs beschriebenen offenen Diskussionen beteiligt, wer Zeit und Kreativität daran verwendet, mit Bündnis 90/Die Grünen Konzepte für diese Stadt zu debattieren, wird leichter auch bereit sein, die zur Popularisierung der erarbeiteten Inhalte notwendigen Kampagnen mitzufinanzieren.

Umgekehrt wird auch jede und jeder, die/der mit seiner Spende einem Teil des Projektes mit auf den Weg verholphen hat, an dessen Mitgestaltung und Fortgang interessiert sein. So lange unsere demokratischen Grundsätze von Teilhabe und Transparenz kompromisslos eingehalten werden, und die Frage, ob jemand Spenderin bzw. Spender ist oder nicht, sich nicht zum Ausschlusskriterium entwickelt, ist das erstrebenswert.

Mit einer offensiven Spendenpolitik würden uns um eine weitere Ressource ergänzen und unsere politischen Handlungsmöglichkeiten vermehren. Nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch richteten wir uns weiter auf „Politik von unten“ aus. Sicher die für Berlin im anbrechende 21. Jahrhundert zeitgemäße Form von aktivierender basisnaher Demokratie.

Zum Autor

André Stephan (geboren 1980 in Merseburg/Saale) ist Mitglied im Kreisverband Berlin-Lichtenberg von Bündnis 90/Die Grünen. Von 1996 bis 2005 war er in der PDS Potsdam politisch aktiv, unter anderem als Manager von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlkämpfen – zum Beispiel die erfolgreiche Direktkandidatur von Lothar Bisky - sowie Mitglied im Kreisvorstand Potsdam und Landesvorstand Brandenburg. Von 1998 bis 2005 war André Stephan Mitglied der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, davon von 1998 bis 2003 ihr Vizevorsitzender. Als verkehrspolitischer Sprecher der PDS-Stadtfraktion vertrat er die Stadt Potsdam im Aufsichtsrat der ViP – Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH.

Daneben betätigte sich André Stephan von 2001 bis zum Frühjahr 2006 als Pressesprecher und Vorstandsmitglied des lesbisch-schwulen Landesverbandes AndersARTiG e.V., begleitete die Gründung des erfolgreichen IT-Unternehmens Netzhaus AG als Mitglied im Aufsichtsrat und unterstützte Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften als Inhaber einer Agentur für Öffentlichkeitsarbeit, mit der er von 2000 bis 2004 seinen Lebensunterhalt bestritt. Seit Mitte 2005 arbeitet André Stephan in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung.

Mit seinem Übertritt zu Bündnis 90/Die Grünen im Februar 2005 legte er sein Stadtverordnetenmandat nieder und verlegte seinen Lebensmittelpunkt gänzlich nach Berlin, wo er bereits seit Sommer 2004 lebt. Stephan selbst beschreibt den Austritt aus der PDS als „Selbst-Befreiung von einer diskursunfähigen Partei“, deren Politik auch unter dem Label Linkspartei weder links noch gerecht ist. Bei Bündnis 90/Die Grünen engagiert er sich unter anderem für die Entwicklung der Grünen Jugend, die Konsolidierung der ostdeutschen Kreisverbände und eine nachhaltige Verkehrspolitik. Seine Abgeordnetenhaus-Kandidatur (Landesliste und Wahlkreis Lichtenberg IV) begleitete und dokumentierte er mit dem Weblog [green:] Berlin (<http://www.green-berlin.de>).